

Niederschrift über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Stadtrates

Sitzungstermin:	Mittwoch, 30.01.2019
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	17:50 Uhr
Ort, Raum:	Festsaal des Rathauses

Auf Einladung vom 23.01.2019 versammelt sich der Stadtrat um 17:00 Uhr zu der anberaumten Sitzung. Ort, zeit und Tagesordnung waren mit Ablauf des 25.01.2019 öffentlich bekannt gemacht.

Anwesend sind:

Herr Rolf Schultheis		Bürgermeister
Herr Peter Bickelmann	SPD	
Herr Dr. Alexander Götzinger	SPD	
Herr Hermann Guckeisen	SPD	
Frau Anne Hauptmann	SPD	
Frau Nicole Hofmann	SPD	
Frau Monika Pacem	SPD	
Herr Stefan Schmidt	SPD	
Frau Doris Sebastian	SPD	
Frau Tanja Sebastian	SPD	
Frau Claudia Servas	SPD	
Herr Günter Struttmann	SPD	
Herr Jörn Walter	SPD	
Frau Susanne Bodi	CDU	
Herr Jochen Donnevert	CDU	
Herr Daniel Jung	CDU	
Frau Elisabeth Junk	CDU	
Frau Jacqueline Reimann-Jung	CDU	
Herr Lothar Schmidt	CDU	
Herr Nikhil Schmidt	CDU	
Frau Daniela Schmidt-Keskin	CDU	
Herr Sascha Veith	CDU	
Herr Bernhard Vinzent	CDU	
Frau Elsa Wainer	CDU	
Herr Harald Hauch	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Dr. Horst-Henning Jank	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Nadine Klein	FDP	
Frau Melitta Herrmann	Linke	
Herr Peter Jung	Linke	
Frau Ulrike Lauck	Linke	
Herr Jürgen Trenz	Linke	
Frau Vanessa Bock		Verwaltung
Frau Anja Hohlweck		Verwaltung
Herr Christian Jung		Verwaltung
Frau Kathrin Leonhardt		Verwaltung
Frau Daniela Motsch		Verwaltung
Frau Hildegard Stillemunkes		Verwaltung
Herr Gerhard BöS		SWF

Nicht anwesend sind:

Herr Andreas Lauck	SPD
Frau Ursula Schmidt	SPD
Herr Frank Diversy	CDU

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Beschlussfassung über evtl. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 19.12.2018
- 3 Wirtschaftsplan des Immobilienbetriebes der Stadt Friedrichsthal für das Jahr 2019
Vorlage: VO/2501/18
- 4 Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) der Stadt Friedrichsthal im Bereich Standesamt
Vorlage: VO/2505/19
- 5 Mitteilungen und Anfragen (Verschiedenes)

Nichtöffentlicher Teil

- 6 Beschlussfassung über evtl. Einwendungen gegen den nicht öffentlichen Teil der Niederschrift vom 19.12.2018
- 7 Mitteilungen und Anfragen (Verschiedenes)

Bürgermeister Schultheis eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr und stellt fest, dass die Einladung ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgte und dass Beschlussfähigkeit besteht.

Es wird sodann beraten und beschlossen was folgt.

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Anträge vor.

zu 2 Beschlussfassung über evtl. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 19.12.2018

Gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben.

Beschluss:

Der öffentliche Teil der Niederschrift vom 19.12.2018 wird angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

- zu 3 Wirtschaftsplan des Immobilienbetriebes der Stadt Friedrichsthal für das Jahr 2019
Vorlage: VO/2501/18

Bürgermeister Schultheis führt kurz in die Thematik ein. Im Wirtschaftsjahr 2019 arbeite man kostendeckend. Größtes Projekt ist der Erweiterungsbau an der Hoferkopfschule. Wegen der guten konjunkturellen Lage fände man nur schwer geeignete Firmen bei Ausschreibungen.

Von Seiten des Rates ergeben sich keine Rückfragen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, den Wirtschaftsplan 2019 in der vorgelegten Form.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

- zu 4 Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) der Stadt Friedrichsthal im Bereich Standesamt
Vorlage: VO/2505/19

Bürgermeister Schultheis informiert kurz über die Beratungen und das Zustandekommen der heutigen Beschlussempfehlung. Er empfiehlt, die 20.000 Euro an Einsparungen gerecht unter den beteiligten Kommunen aufzuteilen.

Sollte es mit Sulzbach und Quierschied nicht zu einer Zusammenarbeit kommen, so könne man auch eine Kooperation mit Quierschied allein oder mit dem bereits existierenden Kooperationsverbund von Merchweiler überprüfen.

Herr Jung –CDU- spricht sich ebenfalls für eine Interkommunale Zusammenarbeit aus. Eine Haushaltssanierung könne hierdurch nicht erreicht werden. Dennoch sichere man für die Bürgerinnen und Bürger eine wichtige Dienstleistung. Er votiert für die Verteilung der Einsparung unter den beteiligten Kommunen.

Der Vorsitzende merkt an, dass auch vor den Rathäusern das digitale Zeitalter nicht halt mache, aber gerade für die älteren Mitbürger müsse man auch Dienstleistungen vor Ort anbieten. Wenn die Kooperation mit Sulzbach nicht auf den Weg komme, gäbe es auch andere Möglichkeiten. Für die Informationstechnik stehe man vor dem Abschluss eines Vertrages mit der Stadt Neunkirchen. Im Bereich der Standesämter hat Merchweiler seine Bereitschaft zu erkennen zu geben.

Herr Jung –Die Linke- erkundigt sich, ob man eine Kooperation alleine mit Quierschied schon überprüft habe. Die von Sulzbach gelieferten Zahlen scheinen ihm nicht nachvollziehbar.

Bürgermeister Schultheis betont, dass man auf die gelieferten Daten vertrauen müsse. Eine separate Beratung mit Quierschied alleine hat noch nicht stattgefunden.

Frau Klein -FDP- spricht sich ebenfalls für die Interkommunale Zusammenarbeit zwischen den drei Kommunen aus. Es dürfe keine Einbußen beim Bürgerservice geben. Notfalls müsse man versuchen, mit Quierschied alleine eine Kooperation aufzubauen. Sie verweist auf andere mögliche Kooperationsfelder.

Bürgermeister Schultheis verweist auf den sonst üblichen Stellenabbau in den Kommunen. Entgegen der Planungen von Team-Werk sieht man jetzt beim IKZ-Standesamt einen Personalschlüssel von 3,5 statt 2,4 Personen vor.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, an dem Projekt der Interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich des Standesamtes zwischen den Kommunen Friedrichsthal, Quierschied und Sulzbach festzuhalten.

Als Standort wird die Stadt Friedrichsthal empfohlen, da diese Einzelbüros bereitstellen kann, welche zwingend erforderlich sind, um den Datenschutz zu gewährleisten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

zu 5 Mitteilungen und Anfragen (Verschiedenes)

Bürgermeister Schultheis verweist auf der Einladung der beigefügten Unterlagen.

Frau Bock informiert, dass die Container-Standorte 2 mal wöchentlich überprüft werden, wie es in der Presse angekündigt war. Im Laufe der letzten Monate konnten die Verursacher von 15 Verstößen festgestellt werden. Zum allergrößten Teil ist eine Zurückverfolgung nur bei Papier und Kartonage möglich.

Bürgermeister Schultheis betont, dass man auf dem eingeschlagenen Wege weitergehen wolle und die Verursacher zur Verantwortung gezogen werden.

Er berichtet auch über die Kontrolle der aufgestellten Altkleidercontainer. Mit den Aufstellern habe man entsprechende Vereinbarungen getroffen, die sicherstellen, dass hier regelmäßig für Leerung, Sauberkeit und Ordnung gesorgt ist.

Frau Klein –FDP- berichtet von Beobachtungen beim Containerstandort Grubenstraße. Sie hielt es für evtl. hilfreich, wenn dort 2-mal wöchentlich Behälter geleert würden. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Zahl der Leerungen durch die Ausschreibung festgelegt ist. Man müsse auch die Kostensituation bedenken.

Herr Jung –CDU- teilt mit, dass aus der Bevölkerung Kritik an den Baumfällungen am Saufangweiher geäußert wurde. Fälschlicher Weise geht man dabei davon aus, dass die Stadt hierfür die Verantwortung trage oder der Stadtrat gar einen entsprechenden Beschluss gefasst hätte.

Bürgermeister Schultheis bedauert, dass derartige Fehlinformationen unter die Bevölkerung gebracht werden. In Anbetracht der neuen Medien könne man dies nicht komplett unterbinden. Er selbst sei in der Angelegenheit auch selbst angeschrieben worden. Der Forst hatte hier seiner Verkehrssicherungspflicht Folge geleistet. Die Pappeln seien auf Grund mangelnder Standfestigkeit gefällt worden. Förster Kreinbiehl bestätigte ihm gegenüber, dass die naturschutzrechtlichen Aspekte Berücksichtigung fanden. Für das Projekt „Mönch und Brücke“, das im Rat beschlossen wurde, habe es einen Ortstermin mit Vertretern des Ministeriums aus Bonn, dem LIK Nord und dem Zweckverband Itzenplitz gegeben. Die Beschlussfassung bei LIK und Zweckverband sei jeweils in öffentlichen Sitzungen erfolgt. Ein nochmaliger Ortstermin am Saufangweiher sei nicht zielführend. Er schlägt jedoch vor, die Vertreter der LIK-Nord (Uli Heintz) und des Zweckverbandes Itzenplitz zur Stadtratssitzung einzuladen. Hier kann auch über den Stand der Umsetzung der LIK-Maßnahmen berichtet werden. Dieses Vorgehen wird auch von Herrn Jung-CDU- begrüßt.

Dr. Jank -Bündnis 90/Die Grünen- befürwortet auch die Absicht, die Vertreter zur Stadtratssitzung einzuladen und somit für die Öffentlichkeit in der Angelegenheit für Klarheit zu sorgen.

Frau Herrmann –Linke- beklagt, dass es über Silvester zu großen Verschmutzungen in der Saarbücker Straße, in Höhe der ehemaligen Gaststätte „Zum Bobby“ beim Reisebüro Schmidt gekommen ist. Der städtische Baubetriebshof hätte die Reinigung übernommen. Sie möchte wissen, ob die Kosten hierfür in Rechnung gestellt werden konnten.

Seitens des Rates gibt es mehrere Hinweise auf weitere Verschmutzungen.

- Ende öffentlicher Teil -